Dieses Blatt wird den Bezirken von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** ausgegeben, während es die Post-Bezieher am Morgen in einer Gesamtausgabe erhalten.

63. Jahrgang. № 22. Donnerstag, 23. Januar 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugsgebühr vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 4,50 M. monatlich 1,50 M. Anzeigen-Preise. Die einspaltige 27 mm breite Zeile 25 Pf. Vorzugsplätze u. Anzeigen in Nummern nach Sonn- und Feiertagen lt. Tarif. 50% Teuerungszuschlag. — Anzeigen-Annahme gegen Gegenbeweis. — Belegbl. 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Stillstand des polnischen Vormarsches.

Der drohende Bolschewiken-Einfall. Freiwillige vor!

Die traurigen Vorgänge in Berlin und die Alarmnachrichten über das immer weitere Vordringen der Polen haben eine noch viel größere Gefahr, die uns von Osten her bedroht, fast in Vergessenheit geraten lassen, die Bolschewiken-Armee, die durch Kurland gegen Ostpreußens Grenze marschiert. Vielleicht hat mancher die Erklärung Radeks, des Helfers der Liebknechtgarde in Berlin, daß die Bolschewiken den Spartakisten zu Hilfe kommen würden, nur für eine leere Drohung gehalten. Und doch nimmt sie immer festere Gestalt an. Vor zwei Wochen bereits ist Riga, die alte deutsche Hansestadt, die so manchen unserer Feldgrauen im letzten Jahre in ihren gastlichen Mauern aufgenommen hatte, in die Hände der Bolschewiken gefallen, die unter der deutschen Bevölkerung, auch den Reichsdeutschen, eine blutige Bartholomäusnacht veranstaltet haben. Sogar an dem zurückgebliebenen Personal der deutschen Gesandtschaft haben sie sich, der Gesetze des Völkerrechts spottend, vergriffen. Vergeblich hatte die aus Deutsch-Balten in aller Eile zum Landesschutz gebildete Landeswehr, zusammen mit dem Rest der die Nachhut der 8. Armee bildenden, aus Freiwilligen bestehenden „Eisernen Brigade", die Stadt zu schützen versucht. Vergeblich hoffte man noch im letzten Augenblick auf Verstärkung aus dem Reich. Wenige tausend Mann hätten vielleicht Riga vor seinem blutigen Schicksal schützen können. Sie kamen nicht. Die Verteidigung des Landes mußte auf Mitau zurückverlegt werden, das inzwischen auch gefallen ist.

Der Soldatenrat der Festung Libau erläßt jetzt nach einer Meldung des „Berl. Tagebl." einen Aufruf, in dem er dringend um Hilfe aus dem Reich gegen die anrückende Bolschewikenarmee ersucht, deren Angriff man nicht erst an der Grenze erwarten dürfe, wenn man nicht Raubmord und Plünderung haben wolle.

Wie aus Mitau von zuverlässiger Seite berichtet wird, haben sich die bolschewistischen Truppenführer dahin geäußert, daß sie weiter vordringen wollen, um sich mit den deutschen Spartakusleuten zu vereinen. Wir haben in Berlin gesehen, daß sich der Brandherd, weil isoliert, vielleicht noch auslöschen läßt, aber furchtbar würde die Gefahr, wenn wir erst die Bolschewikenarmee im Lande haben würden. Größte Eile tut zu ihrer Abwehr not!

Noch können wir den Feind außerhalb der Grenzen unserer Heimat stellen. Dort haben wir auch noch den Vorteil, daß wir in der Landeswehr unserer Stammesgenossen, der Deutsch-Balten, einen tüchtigen Mitkämpfer an unserer Sache haben, der uns durch seine Erfahrung, Kenntnis der Sprache usw. unschätzbaren Dienst leisten kann. Es bedarf dabei zur Abwehr der bolschewistischen Banden nicht einmal eines großen Heeres. Eine entschlossene und mit allen technischen Kampfmitteln moderner Kriegführung, über die der Gegner natürlich nicht so wie wir verfügen kann, ausgerüstete Truppe von zunächst 10000 Mann würde vollauf genügen. Sollte es in einem Volke von fast 70 Millionen, soll es unter 10 Millionen kriegsgeübten Männern, nicht eine so kleine Schar geben, die, wo alles auf dem Spiel steht, nicht noch einmal mutig zur Waffe greift?

Es werden bereits Formationen aus kampfbewährten Truppen gebildet, die in Kürze als Nordostschutz herausgehen sollen und die noch Freiwillige suchen. Die Bedingungen sind folgende:

Mobile Löhnung, tägliche Zulage von 5 Mark und Baltenzulage von 4 Mark, monatliche Treuprämie von 30 Mark steigend bis 50 Mark, freie Kleidung, Wohnung und Verpflegung, 11 Tage Urlaub nach halbmonatiger Dienstzeit, unbedingter Gehorsam gegenüber Vorgesetzten.

Letzterer ist nicht zu entbehren. Denn wir haben einen Gegner vor uns, der auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution eine eiserne Disziplin in seine Reihen eingeführt hat, und dem wir nur mit Truppen Widerstand leisten können, in denen der Geist der Disziplin und des Vertrauens zu kampfgewohnten Führern vorhanden ist.

Außerdem ist von deutsch-baltischen Grundbesitzern für diejenigen unter den Freiwilligen, die als Landwirte oder Handwerker Interesse daran haben, später im Baltenland zu bleiben, Land für Ansiedlungszwecke zur Verfügung gestellt worden, sodaß sich jeder im Baltenland, das so viele während des Krieges lieb gewonnen haben, eine selbständige Existenz für die Zukunft schaffen kann, wenn er jetzt mithilft, das Land und damit auch unsere Heimat von der Gefahr des Untersinkens im Bolschewismus zu befreien.

Freiwillige wollen sich melden in Lyck (Ostpreußen) am Bahnhof oder in Berlin, Joachim-Friedrichsgymnasium, Kaiserallee Ecke Schaperstraße bei der Anwerbestelle Baltenland.

Der Schutz der Ostmarken.

Berlin, 22. Jan. Zwei Armeeoberkommandos werden den Schutz der Ostmarken übernehmen: Das A.-O.-K. Nord in Königsberg, das demnächst in eine kleinere Nachbarstadt verlegt werden dürfte und das A.-O.-K. Süd in Breslau, das nach Sagan verlegt wird. Oberbefehlshaber im Norden ist General der Infanterie Otto v. Below, sein Generalstabschef General der Infanterie von Seeckt. Im Süden Generalfeldmarschall v. Mourich, sein Generalstabschef General von Lossberg. Dem nördlichen A.-O.-K. wird das 10. A.-O.-K. (von Falkenhayn) unterstellt, das bis jetzt in Wilna war, und zurzeit in Grodno ist.

Stillstand des polnischen Vormarsches.

(Eigner Drahtber. der „Dresdn. Nachr.")

Danzig, 22. Jan. Aus Thorn wird gemeldet: Der polnische Vormarsch ist an der ganzen polnischen Front zum Stillstand gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg in ihrem Vorrücken stecken geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht bedroht. Der Druck des verstärkten und dieses Mal wohlorganisierten deutschen Widerstandes macht sich an der ganzen Front fühlbar.

Französisch-italienische Unstimmigkeiten.

(Eigner Drahtber. der „Dresdn. Nachr.")

Zürich, 22. Jan. Der „Secolo" meldet aus Paris: Italiens Anspruch an die Einbeziehung slawischer Grenzgebiete in das Groß-Italienische Reich findet bei einigen Alliierten Widerstand. Es ist zu hoffen, daß die weiteren Verhandlungen die strategische Notwendigkeit der italienischen Forderungen zur Geltung bringen werden. — Dem „Corriere della Sera" ist zu entnehmen, daß die italienischen Grenzansprüche bis Laibach und Innsbruck gehen.

Die Sprache der italienischen Presse, auch derjenigen, die im unmittelbaren Dienst der Regierung steht, hat gegenüber Frankreich eine Schärfe angenommen, daß dort in unabhängigen Blättern bereits die Frage aufgeworfen wird, ob es überhaupt noch eine Möglichkeit gäbe, Italien zu versöhnen. Der Grund der zunehmenden Entfremdung zwischen den beiden Schwester- und Nachbar-Nationen ist bekanntlich in der Haltung Frankreichs gegenüber den Ansprüchen der Jugoslawen und der Italiener zu suchen. Die Pariser Regierung begünstigt offen und ungescheut die slawischen Forderungen und nimmt dadurch Partei gegen Italien, das sich besonders in der Adria-Frage um die Früchte seines militärischen Erfolges gebracht sehen würde, wenn die leidenschaftlich begehrten Teile an der Ostküste der Adria, Dalmatien, Istrien und vor allem Triest, den Jugoslawen zugesprochen würden. In den letzten Tagen brachten italienische Blätter ausführliche Meldungen von folgenschweren Kundgebungen in Agram, Laibach, Klagenfurt und Fiume gegen die italienische Bewohnerschaft. „Corriere della Sera" gab zu, daß die Gefahr eines blutigen Austrages der Meinungsdifferenzen zwischen den slawischen Nationalitäten und Italien in sichtbare Nähe gerückt wäre, wenn er der Besonnenheit der Alliierten nicht gelinge, der italienfeindlichen Bewegung den Boden zu entziehen. Selbst ehemals franzosenfreundliche Organe, wie „Secolo" und „Messaggero", konnten nicht umhin, die Tatsache mit Ausdrücken des Schmerzes zu verzeichnen, daß die französische Presse kein Wort des Tadels für die Bestrebungen der Gegner Italiens habe. Es stimmt also vieles nicht zwischen Frankreich und Italien.

Die Frage der „Bestrafung" auf der Pariser Konferenz.

(Eigner Drahtber. der „Dresdn. Nachr.")

Basel, 22. Jan. Die „Morning Post" meldet aus Paris: Die Alliierten-Konferenz wird sich am Sonnabend mit dem Antrag auf Herbeiführung einer internationalen Bestrafung Wilhelms II. und seiner Mitschuldigen zu befassen haben. Für den Antrag ist eine überwältigende Mehrheit als sicher anzunehmen.

England und der Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

(Eigner Drahtber. der „Dresdn. Nachr.")

Rotterdam, 22. Jan. „Daily Mail" meldet: Die englische Regierung hat ihr Desinteressement an dem eventuellen Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland den Alliierten erklärt. Sie macht jedoch ihre endgültige Stellungnahme von dem gemeinsamen Beschluß der Alliierten abhängig.

Der Schweizer Bundespräsident in Paris.

Paris, 21. Jan. Poincaré empfing heute den schweizerischen Bundespräsidenten Ador. In der Rue de Rivoli kam es zu begeisterten Kundgebungen für Ador und die Schweiz. Die Presse widmet dem Bundespräsidenten herzliche Begrüßungsartikel. „Petit Parisien" schreibt: Das ganze Land entbietet dem aufrechten, humanen Manne einen Willkommengruß. — Die Besprechungen haben schwerwiegende Fragen zum Gegenstand. Es handelt sich um die Stellung der Schweiz im Völkerbunde und einen Zugang zum Meere für die Schweiz. Diese Fragen finden beim französischen Volke und seiner Regierung volles Verständnis.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Zürich, 22. Jan. Der „Secolo" meldet aus Paris: Der Konferenz der Alliierten sind Ersuchen des Papstes und dreier neutraler Staaten zugegangen auf Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen bis Friedensschluß.

Mißhandlung deutscher Gefangener.

Amsterdam, 21. Jan. (Eig. Drahtmeld.) Major Wirz der wegen Mißhandlung von deutschen Gefangenen im Lager von Andersonville vor dem Militärgericht in Washington steht, behauptete zu seiner Entschuldigung u. a. vor, es sei unumgänglich notwendig, gegen die heutigen Deutschen brutal vorzugehen. — Ein Beweis für die berühmte Menschlichkeit im Verbande, die Foch erst wieder in Trier betonen zu müssen glaubte!

Das neueste Wahlergebnis.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 22. Jan. Bis heute früh sind 412 Abgeordnete als gewählt gemeldet. Davon erhielten:

Deutschnationale 89.
Deutsche Volkspartei 22.
Demokraten 75.
Zentrum 79.
Sozialdemokraten 161.
Unabhängige 24.

Es entfallen außerdem im Wahlkreise Schleswig-Holstein (14) 1 Abgeordneter auf den Bauernbund und die Landarbeiterdemokratie, im Wahlkreise Hannover (16) 1 Abgeordneter des Braunschweigischen Landesvereins. Außerdem sind 2 Bayerische Bauernbündler in Oberbayern (24) und in Niederbayern (25), 2 Bauernbund-, Weingärtner- und Bürgerpartei in Württemberg (81 und 82) und 1 Welfe in Hamburg (37) gewählt.

Weitere Wahlergebnisse.

12. Wahlkreis Merseburg. (Endgültiges Wahlergebnis.) Unabh. 200 821 (5 Sitze), Soz. 108 806 (1 Sitz), D. dem. P. 161 184 (2 Sitze), Dtsch.-nat. Vp. 76 510 (1 Sitz), Dtsch. Vp. 17 753 (0 Sitze), Chr. Vp. 6052 (0 Sitze), Mittelpartei 1450 (0 Sitze).

16. Wahlkreis Hannover. Soz. 303 780 (7 Sitze), Ver. Deutsch-Hannov. Partei und Christl. Vp. 307 903 (4 Sitze), Dtsch. dem. P. 101 062 (2 Sitze), Dtsch. Vp. 105 959 (1 Sitz), Unabh. 82 191 (1 Sitz), Braunschw. Landeswahlverein 56 673 (1 Sitz), Dtsch.-nat. Vp. 81 961 (keinen Sitz). Vier Stimmbezirke in Braunschweig fehlen noch, können aber das Gesamtergebnis nicht verändern.

18. Wahlkreis Arnsberg. (Endgültiges Wahlergebnis.) Unabh. 52 371 (keinen Sitz), Dtsch. dem. P. 111 907 (1 Sitz), Christl. Vp. 327 561 (5 Sitze), Soz. 171 535 (7 Sitze), Dtsch. Vp. 171 013 (8 Sitze).

37. Wahlkreis Köln und Aachen. Zentrum 668 615 (9 Abgeordnete), Mehrheitssozialisten 242 656 (3 Abgeordnete), Demokraten 78 917 (1 Abgeordneter), Deutsche Volkspartei 23 787, Deutschnationale 30 306, Unabhängige 5758.

37. Wahlbezirk Hamburg, Bremen, Stade. Vorläufiges Endergebnis: D. dem. P. 250 890, Dtsch. Vp. 79 064, Zentrum 12 101, Dtsch.-nat. 33 625, Soz. 444 863, Unabh. 81 421, Welfen 63 130. Die 12 Abgeordneten verteilen sich wie folgt: D. dem. P. 3, Dtsch. Vp. 1, Soz. 6, Unabh. 1, Welfen 1. Die Ergebnisse aus den noch fehlenden 5 letzten Dörfern werden keine Verschiebung mehr herbeiführen, höchstens die Stimmenzahl der Welfen etwas bessern.

Verzögerung der Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses.

Berlin, 21. Jan. Das Reichsamt des Innern beabsichtigte, über die Wahlergebnisse am Vormittag des 22. Januar im „Reichsanzeiger" eine amtliche Zusammenstellung herauszugeben, ist aber infolge des Streiks der Arbeiterschaft in den Berliner Elektrizitätswerken hierzu nicht in der Lage, da die Diensträume ohne Licht sind. Wann die Zusammenstellung bekanntgegeben werden kann, kann zurzeit nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

Stärkung des bürgerlichen Einflusses.

(Eigner Drahtber. der „Dresdn. Nachr.")

Berlin, 22. Jan. Wir erfahren zuverlässig: Nach den bisher vorliegenden Wahlresultaten ist ungeachtet der Erfolge der Sozialisten mit einer rein sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung nicht mehr zu rechnen. Mit dieser Eventualität hat sich gestern bereits der Rat der Volksbeauftragten eingehend befaßt. Es ist in den Grundzügen einer vermehrten Heranziehung bürgerlicher Mitglieder in die Reichsregierung zugestimmt worden. Eine sozialistische Republik kommt nach Lage der Dinge vorerst nicht in Frage. Die Gesetzvorschläge betr. Sozialisierung wirtschaftlicher Betriebe werden voraussichtlich eine weitere Einschränkung erfahren.

Die Dauer der Weimarer Tagung.

Die Arbeitsdauer der Nationalversammlung in Weimar wird auf etwa zwei Monate angenommen. Die preußische Nationalversammlung wird voraussichtlich erst dann zusammentreten, wenn die Nationalversammlung in Weimar ihre Arbeiten geschlossen haben wird.

Pressestimmen zum Wahlergebnis.

Das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung wird bisher in der Berliner Presse nur vereinzelt besprochen.

Der „Lok.-Anz." unterstreicht stark den guten Erfolg des Berliner Bürgertums:

„Was, wie sich auch die Stimmen im einzelnen noch verschieben mögen, über allen Zweifel feststeht, das ist der außerordentlich und selbst dem Hoffnungsvollen unerwartet große Erfolg, den das nationale Bürgertum in Berlin davongetragen hat. Im Verhältnis haben die bürgerlichen Parteien jetzt bei den Nationalwahlen rund viermal soviel Stimmen erzielt, als sie 1912 aufgebracht haben, während die Sozialdemokraten und die Demokraten ihre Stimmen nur etwas mehr als verdoppelt haben. Das ist ein Erfolg, der mitten in dem allgemeinen Elend die Bürgerlichen Groß-Berlins mit Stolz und Freude erfüllen darf."

Die „Kreuz-Ztg." hegt Bedenken wegen der Haltung des Zentrums: